

# Arzt urteilt: Die B 1 macht krank

## Lärm- und Abgas-Schutzgemeinschaft setzt auf das neue EU-Recht

Sie hören ihn Tag und Nacht, riechen den Gestank, kämpfen seit Jahren vergeblich für ein gesünderes Wohnumfeld und sehen seit dem 1. Januar etwas rosiger in die Zukunft: die 200 Mitglieder der Lärm- und Abgas-Schutzgemeinschaft B1. Vor zehn Jahren gründeten sie sich, weil ihnen der extreme Verkehr der B1 buchstäblich zum Himmel stank.

Neue Hoffnungen auf dem Weg zu einer normgerechten Lärm- und Abgassituation im Umfeld der Bundesstraße schöpft die Initiative durch die EU-Richtlinien zur Abgasbelastung. Sie gelten seit diesem Jahr. Danach hat jeder Bürger ein einklagbares Recht auf saubere Luft, zum Schutz seiner Gesundheit.

Und genau die bescheinigt der Dortmunder Allgemeinmediziner Dr. Martin Pieper in seiner Praxis in der Gartenstadt vielen seiner Patienten

eben nicht. In einer ärztlichen Stellungnahme kommt er zu dem Ergebnis, dass Lärm und Abgase des Verkehrs auf der B1 die Menschen krank machten. In seiner Praxis muss der Allgemeinmediziner überdurchschnittlich viele Patienten

mit Atemwegserkrankungen behandeln. Zudem seien die Anwohner, so Dr. Pieper, durch den ständigen Verkehrslärm einem erhöhten Risiko von Herz- und Kreislauf-erkrankungen ausgesetzt. Rechtsanwältin Wiltrud

Rülle-Hengesbach reichte die ärztliche Stellungnahme jetzt mit einem weiteren Schriftsatz beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen ein. In dem seit April 2003 anhängigen Klageverfahren wollen drei Anwohner die Stadt zu einer veränderten Lärm- und Abgassituation im Umfeld der B1 zwingen.

Bislang umsonst, denn „entgegen den Empfehlungen der Fachämter hatte die politische Spitze der Stadt einem LKW-Nachtfahrverbot und einer Temporeduzierung auf 50 km/h im innerstädtischen Bereich eine Absage erteilt“, ärgert sich Ulrich Arnold, Vorsitzender der Initiative und setzt voll auf die neuen EU-Bestimmungen: „Da die Abgasbelastung an der B1 deutlich über den zulässigen Werten liegt, wird die Stadt wohl nicht um weit reichende Verkehrsbeschränkungen herkommen.“

-bö

RN 5. 2. 2005